

bDSB/ bDSB-11, Stand: 06.06.2018

Übersicht über die Übermittlungstatbestände des SGB X - neben der Einwilligung nach § 67 b Absatz 2 SGB X i.V.m. Art. 6 Abs. 1 lit. a i.V.m. Art. 7, 4 Nr. 11 DSGVO (in der Regel Schriftform § 67b Abs. 2 SGB X) <u>Beachte:</u> „Soweit eine Übermittlung nicht zulässig ist, besteht keine Auskunftspflicht, keine Zeugnispflicht und keine Pflicht zur Vorlegung oder Auslieferung von Schriftstücken, nicht automatisierten Dateien und automatisiert erhobenen, verarbeiteten oder genutzten Sozialdaten.“ (§ 35 Absatz 3 SGB I) <u>Hinweis:</u> Eine Zuordnung nach „Übermittlungssituationen“ bzw. „Übermittlungsempfängern“ finden Sie in der Anlage zur Übersicht zu Übermittlungsbefugnissen SGB X (s. t.a.h.-Intranet>Hilfe und Recht>Datenschutz-Unterlagen>Arbeitshilfe).			
Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungsverfahren/ Entscheidungsbefugnis	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Besondere Übermittlungsbedingungen bzw. Voraussetzungen
§ 67e SGB X Bekämpfung von Leistungsmissbrauch und illegaler Ausländerbeschäftigung	Entscheidung durch Team X 173 (OWiG) (dort TL, SB, FA/ spez. Zuständigkeit) 1. Weiterleitung an Team X 173 mit Akte 2. Ggfs. Abgabennachricht an anfragende Stelle	Bei der Prüfung nach § 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (...) darf bei der überprüften Person zusätzlich erfragt werden, ob und welcher Art von Sozialleistungen nach diesem Gesetzbuch (...) sie bezieht und von welcher Stelle sie diese Leistungen bezieht, (...)	Prüfantwort an die Zollbehörde (FKS) gem. § 67e S. 3 i.V.m. § 71 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 SGB X
§ 68 SGB X Aufgaben der Polizeibehörden, der Staatsanwaltschaften und Gerichte, der Behörden der Gefahrenabwehr und der Justizvollzugsanstalten	über das Übermittlungsersuchen entscheidet der Leiter der ersuchten Stelle, sein allgemeiner Stellvertreter oder ein(e) bevollmächtigte(r) Bedienstete(r) Entscheidung durch Standortleitung oder Bereichsleitung	Name, Vorname Geburtsdatum, Geburtsort, derzeitige Anschrift, derzeitiger oder zukünftiger Aufenthaltsort Name, Vorname oder Firma und Anschriften des derzeitigen Arbeitgebers	Übermittlung nur auf Ersuchen nur, soweit kein Grund zu der Annahme besteht, dass dadurch schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden und wenn das Ersuchen nicht länger als 6 Monate zurückliegt keine Übermittlungspflicht, wenn sich die ersuchende Stelle die Angaben auf andere Weise beschaffen kann, es sei denn, das Amtshilfeersuchen ist zur Durchführung einer Vollstreckung nach § 66 SGB X erforderlich.

Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungs-verfahren/ Entscheidungsbefugnis	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Besondere Übermittlungs- bedingungen bzw. Voraussetzungen
§ 69 Absatz 1 Nr. 1 SGB X gesetzliche Aufgabe der übermittelnden Stelle nach dem SGB oder einer solchen Aufgabe des Dritten, an den die Daten übermittelt werden, wenn er eine in § 35 SGB I genannte Stelle ist (insb. Leistungsträger)	Entscheidung durch SB oder FA	alle Daten, <u>soweit</u> zur Erfüllung der Aufgaben <u>erforderlich</u>	keine
§ 69 Absatz 1 Nr. 2 SGB X für die Durchführung eines mit der Erfüllung einer Aufgabe nach Nr. 1 zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens einschließlich eines Strafverfahrens	<u>bei Strafverfahren:</u> Entscheidung durch Team X 173 (OWiG) (dort TL, SB, FA/ spez. Zuständigkeit) <u>bei sonstigen gerichtlichen Verfahren:</u> Standortleitung oder Bereichsleitung		keine
§ 69 Absatz 1 Nr. 3 SGB X Richtigstellung unwahrer Tatsachenbehauptungen des Betroffenen im Zusammenhang mit einem Verfahren über die Erbringung von Sozialleistungen	Entscheidung durch GF nach Genehmigung durch oberste Bundes- bzw. Landesbehörde		Behauptung muss in der Öffentlichkeit (z.B. Presse) erfolgt sein
§ 69 Absatz 5 SGB X Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Rechnungshöfe	Entscheidung durch BdGF-31 (BfdH)		keine
§ 70 SGB X Durchführung des Arbeitsschutzes	Entscheidung durch GF		soweit schutzwürdige Interessen des Betroffenen nicht beeinträchtigt werden oder das öffentliche Interesse das Geheimhaltungsinteresse des Betroffenen erheblich überwiegt

Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungs-verfahren/ Entscheidungsbefugnis	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Besondere Übermittlungsbedingungen bzw. Voraussetzungen
<p>§ 71 SGB X Erfüllung besonderer gesetzlicher Pflichten und Mitteilungsbefugnisse</p> <p>u.a. Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 zur Abwendung geplanter Straftaten nach § 138 des Strafgesetzbuches</p> <p>Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 zur Sicherung des Steueraufkommens (...)</p> <p>Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung</p> <p>Abs. 1 Satz 2 Erklärungspflichten als Drittschuldner</p>	<p>Entscheidung grundsätzlich durch Standortleitung oder Bereichsleitung</p> <p><u>abweichend hiervon ist ausnahmsweise zur Entscheidung befugt:</u></p> <p>1.) im Falle des § 71 Abs. 1 Nr. 1 die nach § 138 StGB zur Anzeige verpflichtete Person unter Beteiligung der Teamleitung</p> <p>2.) im Falle des § 71 Abs. 1 Nr. 3 die Teamleitung</p> <p>3.) im Falle des § 71 Abs. 1 Nr. 6 das Team X 173 (dort TL, SB, FA/ spez. Zuständigkeit)</p> <p>4.) im Falle des § 71 Abs. 1 Satz 2 die Teamleitung</p>	<p>alle Daten, <u>soweit</u></p> <p>zur Erfüllung der gesetzlichen</p> <p>Mitteilungspflichten</p> <p><u>erforderlich</u></p>	<p>im Falle des § 71 Abs. 1 Satz 2 muss d. Pfändungs- und Überweisungsbeschluss bereits vorliegen</p>
<p>§ 72 SGB X Schutz der inneren und äußeren Sicherheit</p> <p>Erfüllung der Aufgaben der Behörden für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes, des Militärischen Abschirmdienstes und des Bundeskriminalamtes</p>	<p>über Erforderlichkeit entscheidet ein vom Leiter der ersuchenden Stelle bestimmter Beauftragter, der die Befähigung zum Richteramt haben soll</p> <p>bei der ersuchten Stelle entscheidet der Behördenleiter oder sein allgemeiner Stellvertreter (GF oder Z 1)</p>	<p>Name, Vorname, früher geführte Namen, Geburtsdatum, Geburtsort, derzeitige und frühere Anschriften der betroffenen Person sowie Namen und Anschriften seiner derzeitigen und früheren Arbeitgeber</p>	<p>nur auf Ersuchen</p> <p>wenn eine oberste Bundes- oder Landesbehörde für die Aufsicht über die ersuchende Stelle zuständig ist, ist sie über die gestellten Übermittlungsersuchen zu unterrichten</p>
<p>§ 73 Absatz 1 SGB X Durchführung eines Strafverfahrens wegen eines Verbrechens oder wegen einer Straftat von erheblicher Bedeutung</p>	<p>Richterliche Anordnung erforderlich (§ 73 Absatz 3 SGB X)</p> <p>Standortleitung oder Bereichsleitung</p>	<p>alle Daten, <u>soweit</u> zur Erfüllung der Aufgaben <u>erforderlich</u></p>	<p>keine</p>

Übermittlungszweck	Besondere Übermittlungs-verfahren/ Entscheidungsbefugnis	Übermittlungsfähiger Datenumfang	Besondere Übermittlungs- bedingungen bzw. Voraussetzungen
§ 73 Absatz 2 SGB X Durchführung eines Strafverfahrens (Vergehen)	Richterliche Anordnung erforderlich (§ 73 Absatz 3 SGB X) Teamleitung	wie bei § 72 SGB X (siehe oben) und zusätzlich Angaben über erbrachte oder demnächst zu erbringende Geldleistungen	keine
§ 74 SGB X Verletzung der Unterhaltspflicht/ Versorgungsausgleich	Entscheidung durch Teamleitung	alle Daten, <u>soweit</u> zur Erfüllung der Aufgaben <u>erforderlich</u>	In den Fällen § 74 Abs. 1 S. 1 Nummern 2 und 3 SGB X ist eine Übermittlung nur zulässig, wenn der Auskunftspflichtige seine Pflicht, nachdem er unter Hinweis auf die in diesem Buch enthaltene Übermittlungsbefugnis der in § 35 SGB I genannten Stellen gemahnt wurde, innerhalb angemessener Frist, nicht oder nicht vollständig erfüllt hat. Diese Stellen dürfen die Anschrift des Auskunftspflichtigen zum Zwecke der Mahnung übermitteln.
§ 74a Absatz 1 SGB X zur Durchsetzung von öffentlich-rechtlichen Ansprüchen in Höhe von mindestens 500 Euro	Entscheidung durch Teamleitung	Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, derzeitige Anschrift des Betroffenen, sein derzeitiger oder zukünftiger Aufenthaltort sowie Namen, Vornamen oder Firma und Anschriften seiner derzeitigen Arbeitgeber	nur auf Ersuchen , das nicht länger als 6 Monate zurückliegt nur, soweit kein Grund zu der Annahme, dass schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt werden
§ 75 SGB X Forschung und Planung	Vorherige Genehmigung durch zuständige oberste Bundesbehörde/ Landesbehörde erforderlich Entscheidung durch GF oder Z 1		Übermittlung ohne Einwilligung des Betroffenen ist unzulässig, soweit es zumutbar ist, die Einwilligung des Betroffenen einzuholen oder den Zweck anderweitig zu erreichen

Bei sämtlichen Übermittlungstatbeständen sind die Einschränkungen nach § 76 SGB X (besonders schutzwürdige Sozialdaten) und nach § 77 SGB X (Übermittlung ins Ausland und an über- oder zwischenstaatliche Stellen) zu beachten.

In Zweifelsfällen und für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:

Zentrale von Jobcenter team.arbeit.hamburg Bereich Behördlicher Datenschutz Raboisen 28, 20095 Hamburg E-Mail: team-arbeit-hamburg.Datenschutz@jobcenter-ge.de		
Name	Org.Zeichen	Durchwahl
Herr Staudt	bDSB	(040) 600 98 - 253
Frau Hofedank-Thome	bDSB-11	(040) 600 98 - 255

Stand: 06.06.2018